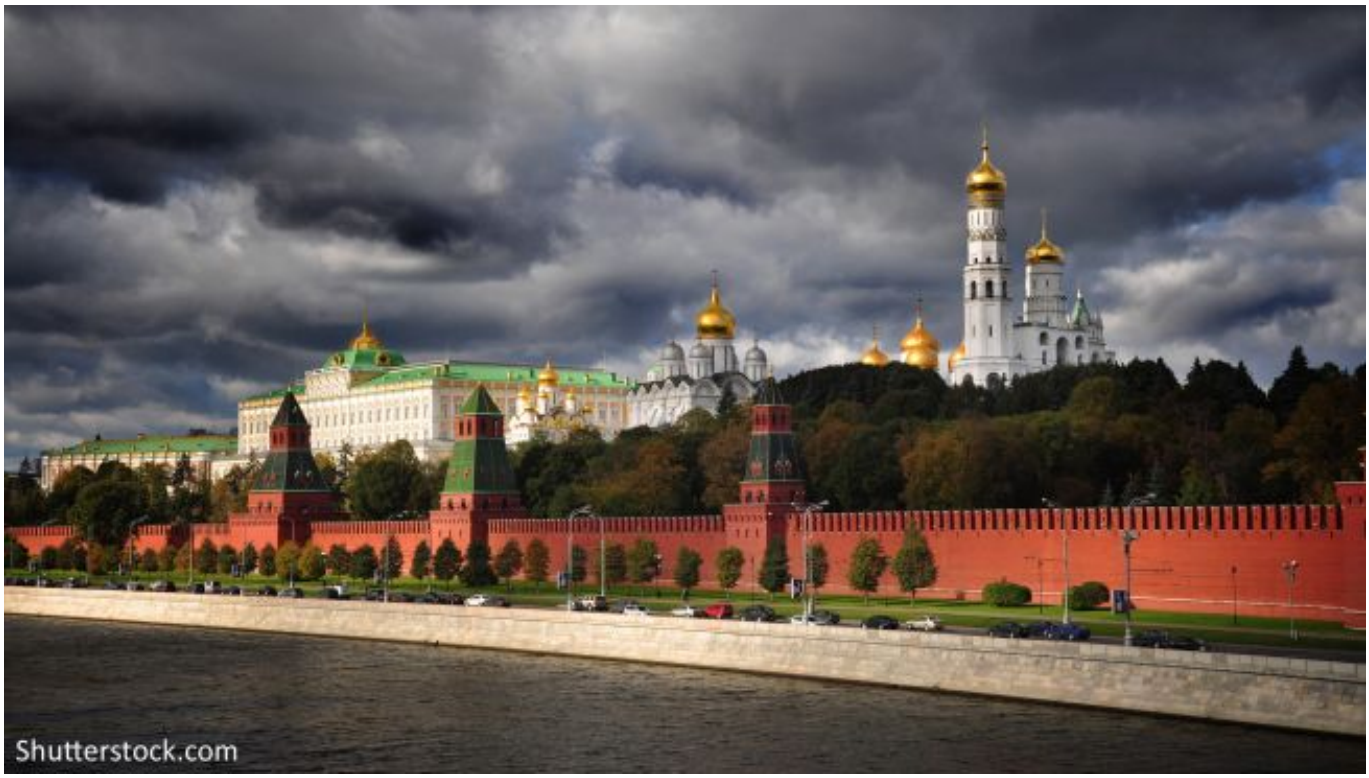
FDP| 03.09.2020 - 11:00

FDP erwartet klare Haltung gegenüber Russland



Der russische Oppositionspolitiker Alexej Nawalny wurde mit einem Nervenkampfstoff vergiftet. Die Freien Demokraten verlangen nun Konsequenzen: FDP-Außenpolitiker Alexander Graf Lambsdorff forderte Außenminister Heiko Maas (SPD) auf, Sondersitzungen von OSZE und Europarat zu verlangen. Auch sein FDP-Kollege Bijan Djir-Sarai verlangte eine europäische Reaktion und regte konkrete Strafmaßnahmen an: "Hier ist eindeutig die Handschrift des russischen Staates erkennbar", erklärte er. "Der Fall muss weiter untersucht und gegebenenfalls mit personenbezogenen Sanktionen konkret beantwortet werden. Auch gegen Putin." FDP-Parteichef Christian Lindner sagte im ARD-Morgenmagazin: "Ein Regime, das Giftmorde organisiert, ist kein Partner für große Kooperationsprojekte - auch nicht für Pipeline-Projekte". Lambsdorff unterstreicht: "Am wichtigsten ist jedoch, dass russische Dissidenten unsere Solidarität erfahren: Wenn sie Asyl in Deutschland beantragen, müssen sie dieses auch bekommen."

> Schrecklich, aber bewiesen: Vergiftung von Alexej #Nawalny konnte nur mit staatlichen Stellen in #Russland verübt werden - Herstellung und Ausbringung von #Nowitschok sind extrem anspruchvoll. @AuswaertigesAmt muss jetzt #OSZE, #Europarat zu Sondersitzungen einberufen. @fdpbt https://t.co/0kOG1Iu2Kk
>
> — Alexander Lambsdorff (@Lambsdorff) September 2, 2020

Dass sich in allen Proben von Nawalny eindeutig Reste des militärischen Nervengifts Nowitschok feststellen ließen, ist für die Freien Demokraten ein Indiz dafür, dass der Anschlag auf Nawalny nicht

ohne das Zutun staatlicher Stellen verübt werden konnte. "Angesichts der herausragenden Rolle Nawalnys müssen wir auch davon ausgehen, dass die Vergiftung keine unkontrollierte Aktion war", meint Alexsander Graf Lambsdorff. Für ihn macht der ganze tragische Vorgang deutlich, "wie nervös der Kreml angesichts der Demonstrationen in Minsk und Chabarowsk sein muss. Russland muss jetzt das klare Signal bekommen, dass dieses Vorgehen vollkommen inakzeptabel ist. Es reicht nicht, nur den russischen Botschafter einzubestellen."

> Die Klarheit der #Bundeskanzlerin zum „versuchten Giftmord“ an #Nawalny hat unsere volle Unterstützung. #Putin und die russische Regierung müssen sich dazu äußern. Ohne überzeugende Erklärung aus #Russland ist eine Überprüfung von Kooperationsvorhaben unvermeidlich. CL
>
> — Christian Lindner (@c_lindner) September 2, 2020

Der Bundesaußenminister Maas müsse nun Sondersitzungen des OSZE-Rates und des Ministerkomitees des Europarates verlangen. Zudem müsse der deutsche Botschafter in Moskau zur Berichterstattung nach Deutschland gerufen werden. "Legitime, auch von der russischen Verfassung gedeckte politische Arbeit, kann lebensgefährlich sein, wie der Fall Nawalny einmal mehr tragisch zeigt." Deutschland sollte Alexej Nawalny dauerhaft aufnehmen. "Alexej Nawalny ist in Russland nicht sicher", sagt auch der FDP-Innenpolitiker Konstantin Kuhle. "Deutschland sollte dem russischen Oppositionellen daher Asyl gewähren. Die Vergiftung politischer Gegner ist eine massive Grenzüberschreitung, die wir nicht hinnehmen dürfen".

Mit Verbrechern redet man und paktiert man nicht

Kuhle und drei weitere FDP-Abgeordnete haben eine Sondersitzung des politischen Ausschusses der Parlamentarischen Versammlung des Europarats beantragt. Die drei FDP-Politiker gehören der ALDE-Fraktion in der Parlamentarischen Versammlung an. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Michael Link warf den russischen Behörden vor, Ermittlungen im Fall Nawalny zu verweigern. Die Bundesregierung müsse auf eine Sondersitzung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) drängen. "Auch im Europarat muss das Thema schnellstmöglich auf die Agenda. Als Mitglied kann sich Russland dort unangenehmen Fragen nicht verwehren", sagte Link.

FDP-Vize Wolfgang Kubicki stellte im Interview mit dem Deutschlandfunk klar: "Die russischen Stellen, die Regierung und Wladimir Putin selbst müssen ein Interesse daran haben, dass dieser Fall aufgeklärt wird und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Ansonsten wird es schwer sein, in den nächsten Wochen und Monaten noch vernünftige Gespräche zu führen. Selbst die gutmeinensten in Deutschland, und dazu gehöre ich, die wie gesagt ein vernünftiges Verhältnis zu Russland wollen, können dann nicht mehr dafür eintreten, denn mit Verbrechern redet man und paktiert man nicht."

Mehr zum Thema:

- Beschluss der FDP-Fraktion: Angriff auf Alexej Nawalny erfordert Konsequenzen – Moratorium für Weiterbau von Nord Stream 2 [1]
- LINDNER/LAMBSDORFF-Statement: Dieser versuchte Giftmord muss politische Konsequenzen haben [2]

- Konstantin Kuhle: Deutschland sollte Nawalny Asyl gewähren [3]
- Nawalny mit Nervenkampfstoff vergiftet [4]
- Alexander Graf Lambsdorff: Maas muss Sondersitzungen von OSZE und Europarat verlangen [5]
- Michael Link: Vom EU-Sondergipfel muss klares Signal an Lukaschenko und Putin ausgehen [6]

Quell-URL:https://www.liberale.de/content/fdp-erwartet-klare-haltung-gegenueber-russland

Links
[1] https://www.fdpbt.de/beschluss/angriff-alexej-nawalny-erfordert-konsequenzen-moratorium-fuer-weiterbau-nord-stream-2 [2] https://www.fdpbt.de/lindnerlambsdorff-statement-dieser-versuchte-giftmord-muss-politische-konsequenzen-haben [3] https://www.rnd.de/politik/kuhle-fdp-deutschland-sollte-nawalny-asyl-gewahren-GEW6PBTK7NFAZAEERIP73ZP5EA.html [4] https://www.tagesschau.de/inland/nawalny-nervengift-101.html [5] https://www.fdpbt.de/lambsdorff-maas-muss-sondersitzungen-osze-und-europarat-verlangen [6] https://www.fdpbt.de/link-vom-eu-sondergipfel-muss-klares-signal-lukaschenko-und-putin-ausgehen